



Brüssel, den 5. September 2014
(OR. en)

12786/14

FIN 584

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Herr Jacek DOMINIK, Mitglied der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	5. September 2014
Empfänger:	Herr Enrico ZANETTI, Präsident des Rates der Europäischen Union
Betr.:	Mittelübertragung Nr. DEC 30/2014 innerhalb des Einzelplans III – Kommission – des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument DEC 30/2014.

Anl.: DEC 30/2014



BRÜSSEL, 03/09/2014

GESAMTHAUSHALTSPLAN – HAUSHALTSJAHR 2014
EINZELPLAN III – KOMMISSION TITEL 23, 40

MITTELÜBERTRAGUNG Nr. **DEC 30/2014**

EUR

HERKUNFT DER MITTEL

KAPITEL – 40 02 Reserve für Finanzinterventionen

ARTIKEL – 40 02 42 Soforthilfereserve

Verpflichtungen	- 20 000 000
Zahlungen	- 20 000 000

BESTIMMUNG DER MITTEL

KAPITEL – 23 02 Humanitäre Hilfe, Nahrungsmittelhilfe und Katastrophenvorsorge

ARTIKEL – 23 02 01 Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter
humanitärer und Nahrungsmittelhilfe

Verpflichtungen	20 000 000
Zahlungen	20 000 000

I. AUFSTOCKUNG

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

23 02 01 – Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter humanitärer und Nahrungsmittelhilfe

b) Zahlenangaben (Stand: 29.8.2014)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	874 529 000	747 582 107
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0	0
2. Mittelübertragungen	50 000 000	200 000 000
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	924 529 000	947 582 107
4. Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	872 529 000	759 664 060
5. Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	52 000 000	154 822 686
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	72 000 000	174 822 686
7. Beantragte Aufstockung	20 000 000	20 000 000
8. Anteil der Aufstockung an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	2,29 %	2,68 %
9. Anteil der kumulierten Aufstockungen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b und c HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	216 479	189 311
2. Verfügbare Mittel am 20.8.2014	0	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	100,00 %	100,00 %

d) Begründung

Am 20. August 2014 betrug die Gesamtausführungsrate der Haushaltslinien für humanitäre Hilfe (Kapitel 23 02)

- 94 % bei den Mitteln für Verpflichtungen und 80 % bei den Mitteln für Zahlungen für humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe,
- 100 % bei den Mitteln für Verpflichtungen und 78 % bei den Mitteln für Zahlungen für Katastrophenvorsorge.

Diese hohe Ausführungsrate steht im Einklang mit der operativen Strategie und der Haushaltsplanung für das Jahr 2014, die von der Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz (DG ECHO) festgelegt und der Arbeitsgruppe „Humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe“ (COHAFA) des Rates und dem Europäischen Parlament vorgelegt wurden. Auf der Grundlage ihrer Bedarfsbewertung für den humanitären Bereich legt die Kommission für anhaltende Krisen eine vorläufige Mittelzuweisung pro Land für das kommende Jahr fest. Zudem wurde gemäß den Leitlinien des Rates und des Europäischen Parlaments ein Betrag in Höhe von 105 Mio. EUR, knapp 12 % der ursprünglich in der Haushaltslinie eingestellten operativen Mittel, nicht zugewiesen, um veränderten Prioritäten oder einem sich abzeichnenden neuen Bedarf entsprechen zu können („operative Reserve“).

Der Südsudan ist von zwei großen Krisen noch nie dagewesenen Ausmaßes betroffen. Seit den Ereignissen vom 15. Dezember 2013 befindet sich das Land im Bürgerkrieg. Die Zahl der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge erhöht sich rasch und liegt jetzt bei 1,105 Millionen neuer Fälle, darunter 95 469 Binnenvertriebene in Gebieten zum Schutz der Zivilbevölkerung und mehr als 430 000 in Nachbarländern (Äthiopien, Kenia, Sudan und Uganda).

Gleichzeitig wird der Südsudan mit Blick auf Ernährungssicherheit und Unterernährung von einer schweren Krise heimgesucht, die allmählich die Voraussetzungen für eine Einstufung als Hungersnot erfüllt. Nach Schätzungen des Welternährungsprogramms (WFP) und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) sind von einer Bevölkerung von 12 Millionen 7 Millionen Menschen von einer unsicheren Ernährungslage betroffen. Dazu gehören 3,9 Millionen Menschen, die unter gravierender Ernährungsunsicherheit leiden und von denen 1,2 Millionen Menschen von Hunger und mehr als 50 000 Kinder unter fünf Jahren vom Tode bedroht sind, falls die Bereitstellung von Nahrungsmitteln nicht in Kürze aufgestockt wird.

Zusätzliche EU-Hilfe in Höhe von 20 Mio. EUR ist zur Unterstützung folgender Maßnahmen notwendig: Reaktion auf die Nahrungsmittel- und Ernährungskrise, grundlegende Notdienste für die vertriebene Bevölkerung, Reaktion auf akute Risiken von Schutzmaßnahmen.

Die Kommission hat alle Möglichkeiten für Umprogrammierungen im Rahmen der Haushaltsmittel für humanitäre Hilfe geprüft. Die operative Reserve beläuft sich derzeit auf 52 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen, nachdem dem dringenden Bedarf für Krisen, z. B. in Afghanistan, Pakistan, Mittelamerika, Mali, dem Irak, Palästina, der Ukraine und Somalia, Rechnung getragen wurde. Da der humanitäre Bedarf für diese Krisen andauern dürfte, vor allem im Irak, in Palästina und der Ukraine, schätzt die Kommission, dass der verfügbare Saldo der operativen Reserve Ende Oktober 24 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen betragen dürfte. Dieser Restbetrag ist erforderlich, um eine angemessene Reaktionsfähigkeit für weitere Interventionen bei kleineren und weiteren unvorhersehbaren Katastrophen sowie bei wiederkehrenden Naturkatastrophen bis zum Jahresende (Monsun, Taifune und Wirbelstürme insbesondere in Südasien, Mittelamerika und der Karibik) zu gewährleisten.

Die Kommission hat ferner alle Möglichkeiten für eine Mittelumschichtung innerhalb der Rubrik 4 geprüft. Es konnten jedoch keine Mittel ausgemacht werden, die für eine Umschichtung in Frage kämen.

Unter weitestgehender Streckung der operativen Reserve für humanitäre Hilfe und unter Berücksichtigung der begrenzten restlichen Mittel für Zahlungen, die noch für die Soforthilfereserve zur Verfügung stehen, um auf die mögliche Zuspitzung anhaltender Krisen und/oder einen weiteren unvorhergesehenen Bedarf vor Ende des Jahres zu reagieren, beantragt die Kommission eine Aufstockung der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen um 20 Mio. EUR durch die Inanspruchnahme der Soforthilfereserve.

II. ENTNAHME

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

40 02 42 – Soforthilfereserve

b) Zahlenangaben (Stand: 20.8.2014)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	297 000 000	150 000 000
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0	0
2. Mittelübertragungen	-50 000 000	-100 000 000
<hr/>		
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	247 000 000	50 000 000
4. Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	0	0
<hr/>		
5. Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	247 000 000	50 000 000
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt
7. Beantragte Entnahme	20 000 000	20 000 000
8. Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	6,73 %	13,33 %
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b und c HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0	0
2. Verfügbare Mittel am 20.8.2014	0	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt	entfällt

d) Begründung

Gemäß Artikel 9 des mehrjährigen Finanzrahmens soll die Reserve für Soforthilfe im Fall von Ereignissen, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht vorhersehbar waren, rasch einen punktuellen Bedarf an Hilfeleistungen für Drittländer decken; sie ist vorrangig für humanitäre Zwecke bestimmt, sofern die Umstände es erfordern aber auch für Maßnahmen des zivilen Krisenmanagements und des Katastrophenschutzes sowie für besondere Belastungssituationen, die durch den Zustrom von Migranten an den Außengrenzen der Union entstehen.

SOUTH SUDAN

Key financial information	
Total commitments in 2013	EUR 62.625 million
Amount in the World Wide Decision (WWD) 2014: - South Sudan share in Humanitarian Implementation Plan (HIP) Sudan/South Sudan and HIP Epidemics	EUR 53.8 million
Amount from the European Development Fund (EDF)	EUR 30 million
Other funding from the EU budget (Development aid – 2014 commitments)	EUR 36.5 million
Other donors (source Financial Tracking Service as of 28/07/2014, including EU humanitarian aid budget)	USD 1 045 398 266

Additional needs (as of 04/08/2014)	
Total needs	EUR 20 million
When are the credits needed	As soon as possible
Financed from	Emergency Aid Reserve

Why are the additional funding needed?

South Sudan is affected by two major crises of an unprecedented scale. Since the events of 15 December 2013, the country has been in a civil war. The number of Internally Displaced Persons (IDPs) and refugees increases rapidly and now reaches 1.105 million new cases, including 95 469 in Protection of Civilians (PoC) areas and over 430 000 in neighbouring countries (Ethiopia, Kenya, Sudan and Uganda). At the same time, South Sudan is facing a severe food security and malnutrition crisis reaching the conditions for a famine. The World Food Program (WFP) and the Food and Agriculture Organisation (FAO) estimate that out of a population of 12 million, seven million are food insecure. This includes 3.9 million people severely food insecure, out of which 1.2 million are at risk of famine and more than 50 000 children under five years of age who are at risk of death if nutrition is not scaled-up soon.

There are ongoing epidemic outbreaks such as cholera (more than 5 140 cases and 114 deaths in six out of the ten states of the country with projections of up to 30 000 cases and more than 1 000 deaths) and Hepatitis E.

IDPs are settled either inside United Nations (UN) bases or in spontaneous locations, which are very hard to reach due to insecurity, logistical constraints caused by the rainy season or because of the impediments imposed by the warring parties. The basic services in the IDP settlements are rudimentary and the situation borders on the inhumane. In most of the locations, minimum humanitarian international standards are not met yet. Around 220 000 Sudanese citizens are hosted in South Sudanese refugee camps located in conflict-affected areas (Unity and Upper Nile states). Their needs have increased, but they have become more difficult to assist.

During the first six months of the crisis, violence and deliberate attacks on civilians have been repeated and extreme. There has been destruction of key infrastructures, towns, settlements and markets. Men, women and children have been injured and many killed. In many cases, people were targeted based on ethnicity and/or political affiliation. Medical facilities have been destroyed, patients raped and/or murdered in their beds. More than 9 000 children have been recruited by armed forces during the conflict. Some 11 000 children were impacted through attacks on schools and their occupation by armed groups.

As the crisis in South Sudan started at the beginning of the implementation period of the 2014 budget, the Commission redirected all its available resources towards three strategic objectives, in partnership with the major UN Agencies, the International Committee of the Red Cross (ICRC) and the International Non-Governmental Organisations (NGOs) present in the country. These objectives are:

- 1) Response to food insecurity and nutrition crisis;
- 2) Provision of basic emergency services;
- 3) Response to acute protection risks.

What for?

1. Response to food and nutrition crisis:

Rationale: The food security prospects for the second part of 2014 look grim. The latest Integrated Food Insecurity (IPC) analysis predicts further deterioration of food insecurity situation in some parts of the country, particularly the conflict affected states.

The costs of food aid delivery operations have skyrocketed because of the massive use of air deliveries, which are the only ones possible during the rainy season until November. At the same time, the lengthy process of procurement of stocks for the end of 2014 and the beginning of 2015 requires immediate availability of funds. Nutrition services suffer from rupture in the stocks of ready to use therapeutic food (RUTF) and ready-to-use supplementary food (RUSF), as well as from a very low coverage in areas of displacement, particularly acute in hard-to-reach areas.

Programmes/activities to be funded: Food aid; emergency food security, including cash and vouchers and livelihood diversification; therapeutic nutrition services, including stabilisation centres; preventive nutrition services, including water, sanitation and hygiene (WASH) and health coverage where appropriate.

Geographical areas where coverage needs to be enhanced: Unity State (priority), Upper Nile, Jonglei, Northern Bahr el Gazaar, Eastern Equatoria.

Potential partners: WFP, The United Nations Children's Fund (UNICEF), Médecins Sans Frontières (MSF), ICRC, Medair, Save the Children and various other NGOs.

2. Basic Emergency Services for displaced Population:

Rationale: The provision of basic services in favour of populations in Protection of Civilians (PoC) camps, large IDP settlements, and refugee camps has been minimal in the first six months of the crisis. Improvements need to be made to ensure dignity and minimal standards for living conditions, and to prevent the spread of diseases.

Programmes/activities to be funded: all activities in camps and settlements, including PoC areas and refugee camps; Camp Coordination and Camp Management (CCCM); water supply and sanitation and hygiene promotion; shelter and non-food items.

Potential partners: the International Organisation for Migration (IOM), the Danish Refugee Council (DRC), the Agency for Technical Cooperation and Development (ACTED), UNICEF, the United Nations refugee agency (UNHCR), the United Nations Office for Project Services (UNOPS), Oxfam, ICRC.

3. Acute protection crisis response

Rationale: Given that the current crisis is largely caused by an armed conflict, the population is subjected to severe abuses by military groups, with the backing of political actors. Targeted killings of ethnic groups, sexual intimidation of women, widespread abuses towards children are common and forced over 100 000 people to seek protection with PoC areas and hundreds of thousands more to flee within the country and outside of it. Parties in the conflict often use abuse as a weapon. Protection actors are poorly funded, with only around 20% of their financial needs being met at this stage.

Programmes/activities to be funded: child protection, including family tracing and reunification and child friendly spaces; provision of psychosocial services; prevention and treatment of gender-based violence; protection monitoring and assistance to individual vulnerabilities; reduction of risks associated to violence, such as lighting in the settlements; demining and Explosive Ordinance Disposal (EOD).

Potential partners: UNHCR, DRC, the Norwegian Refugee Council (NRC), Mines Advisory Group (MAG), UNICEF, various NGOs.